

### **Rot-Grün zwischen idealistischer Program- matik und realistischer Außenpolitik**

Die außenpolitische Halbzeitbilanz der Regierung Schröder/Fischer liest sich wie ein Kapitel aus dem realpolitischen Lehrbuch: Die machtpolitische Logik der internationalen Politik ist stärker als idealistische Wunschvorstellungen. Das ist die Erfahrung, die die rot-grüne Regierung machen musste, die aber von beiden Parteien noch längst nicht verarbeitet worden ist.

Anfangs hatte die Regierung Schröder/Fischer zur Verblüffung vieler Parteifreunde die Kontinuität mit der bisherigen Außenpolitik beschworen. Aber Fischer hatte sich beeilt zu erklären, die „Betonung der Kontinuität“ solle „die Voraussetzung für neue Spielräume“ schaffen. Wie das zu verstehen war, hatte Ludger Volmer, kurz bevor er Fischers Staatsminister im Auswärtigen Amt wurde, in dankenswerter Offenheit erläutert: Es gehe um einen Paradigmenwechsel von einer am Realismus orientierten Politik zum „politischen Pazifismus“, der freilich nur „gradualistisch“ vorgenommen werden könne. Die „Reformprojekte“ der „Frie-

denspolitik“ dürften „die Akzeptanz der internationalen Gemeinschaft nicht strapazieren“, müssten sich „gleichwohl signifikant von der (zuvor) amtierenden Regierung unterscheiden“. Im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung stand für diese neue Politik das außenpolitische Erkennungswort der Linken: die „Zivilisierung der internationalen Beziehungen“. Beide Parteien versprachen, die neue Bundesregierung werde „sich aktiv dafür einsetzen, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zu

#### angemerkt

bewahren“ und die NATO-Strategie durch den „Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen“ zu ändern; in der europäischen Umweltpolitik werde sie „eine Vorreiterrolle“ übernehmen. Schon bei den ersten „gradualistischen“ Schritten in diese Richtung (die wohl noch in Erinnerung sind) zeigte sich, dass die „Akzeptanz“ der atlantischen beziehungsweise europäischen Staaten überstrapaziert wurde. Die „Reformprojekte“ waren zum Scheitern verurteilt. Die radikale Kursänderung in Richtung Realpolitik vollzog die Regierung Schröder/Fischer mit

der aktiven Beteiligung der Bundeswehr an dem Kampfeinsatz der NATO gegenüber Jugoslawien, ohne UNO-Mandat. Die von Rot-Grün neu eingekleidete UNO stand plötzlich – wie in Andersens Märchen – nackt da. Schröder entdeckte jetzt, dass die NATO Inhalt der Staatsräson Deutschlands sei. Und er konnte sich glücklich schätzen, dass es kein Gewaltmonopol der UNO gab, gegen das er sonst verstoßen hätte. Um die Grünen und die linken Sozialdemokraten bei der Fahne zu halten und die Regierungsmacht zu retten, wurde die menschenrechtlich-moralische Motivation extrem überhöht und verabsolutiert. Der erste (nicht erklärte) Krieg, den die Bundesrepublik Deutschland führte, wurde als Kreuzzug für die Menschenrechte, die Zivilreligion der Demokratien, gerechtfertigt. Die weißen Bettlaken der „Friedensbewegung“ blieben in den IKEA-Schränken und die grünen Politiker auf den Regierungsbänken, denn sie erkämpften ja das Menschenrecht. Nachträglich meinte Fischer, seine Kosovo-Politik sei bisweilen „missverstanden“ worden; zwar hätten moralische Prinzipien eine große Rolle gespielt, „aber im Kosovo

ging es primär um die regionale Sicherheit in Südosteuropa, die direkte Auswirkung auf ganz Europa hat“. Fischer erinnerte sich offenbar an seine frühere realistische Einsicht (die freilich der grünen Orthodoxie ein Gräuelpunkt ist und als Häresie gilt), dass das „Schwergewicht der machtpolitischen Realitäten“ das internationale System „dominiert“ und dass die „machtpolitischen Realitäten“ „in ihren institutionellen Formen und in den ‚Figuren‘ der internationalen Machtverteilung in einem hohen Maße von subjektiven Motiven und Ideologien unabhängig“ seien (*Risiko Deutschland*, Köln 1994). Jetzt offenbarte der Außenminister seinen grünen Freundinnen und Freunden, er betreibe keine grüne, sondern deutsche Außenpolitik.

Inzwischen ist der Kosovo-Krieg – wie vorausgesagt – zum Katalysator der deutschen und der europäischen Politik geworden. Die rot-grüne Regierung – welche schöne Ironie der Geschichte! – baut die Bundeswehr zu einer Kriseninterventions-Streitmacht um. Sie gab den Anstoß für den Aufbau einer EU-Eingreiftruppe (Kölner EU-Gipfel) und beteiligt sich seither tatkräftig an der Realisierung

dieses Projektes. All dies würde, wenn die jetzigen Regierungsparteien noch in der Opposition wären, als „Militarisierung“ der deutschen und europäischen Außenpolitik diffamiert und erbittert bekämpft (mit Massendemonstrationen und bewusster Verletzung des realen Gewaltmonopols, nämlich des innerstaatlichen). In der Regierungsverantwortung können sich Sozialdemokraten und Grüne den Realitäten und der machtpolitischen Logik der internationalen Politik nicht entziehen – zumindest nicht in den Kernbereichen operativer Außenpolitik.

Die Widersprüche zwischen Realpolitik und linker Ideologie blieben und bleiben freilich im Regierungshandeln weiterhin bestehen, was zum Beispiel die Türkei-Politik und die Indien-Politik belegen. Die akademische Klientel wird durch idealistische Rhetorik und durch die Projektgelder der neuen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung befriedigt. Beunruhigt durch Scharpings Politik, die Bundeswehr europäisch und allianzfähig zu machen, mag sich die linke Anhängerenschaft mit der (leider nicht unbegründeten) Hoffnung trösten, dass die Haushaltsmittel nicht in hinrei-

chendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Am Ende der Legislaturperiode wird man die Taten an den Worten messen können.

Zu Beginn der zweiten Halbzeit ist speziell die für Deutschland lebenswichtige Europapolitik der Regierung ambivalent. Da ist einerseits die große „Vision“ von der „Europäischen Föderation“ und einer parlamentarischen Verfassung für ein heterogenes Gebilde aus etwa dreißig Staaten – eine Vision, die Fischer nur als Privatmann vorgetragen hat; von der er also noch nicht einmal seine Kabinettskollegen und den Kanzler überzeugen konnte. Wie kann er da auf die Zustimmung der anderen EU-Staaten hoffen? Andererseits werden (im Rekurs auf das – im Übrigen von Fischer falsch zitierte – Kerneuropa-Konzept von Schäuble/Lamers) praktikable „Zwischenschritte“ vorgeschlagen, beginnend mit dem Ausbau der „verstärkten Zusammenarbeit“ in den verschiedenen Politikbereichen. Das heißt im Klartext, dass verschiedene Kerngruppen mit unterschiedlichen Mitgliedschaften entständen. Voraussetzung ist, dass die Nizza-Konferenz die Ausdehnung der „verstärkten Zusammen-

arbeit“ durch die Beseitigung der Veto-Bestimmung aller EU-Mitglieder erleichtert. Während bei dem Kerneuropa-Konzept von Schäuble/Lamers der Gedanke einer föderalen Verfassung mit Parlamentarisierung Sinn machte (der allerdings damals, 1994, abgelehnt wurde), ist dieser Gedanke für die verschiedenen Kooperationskerne, für ein „Gravitationszentrum“ oder gar für die Gesamtunion der Dreißig geradezu aberwitzig – es sei denn, man nennt die notwendige Kompetenzabgrenzung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten „Verfassung“ und weckt damit unerfüllbare Hoffnungen, deren Enttäuschung unvermeidlich zu Frustrationen führt. Eine EU-Politik, die eine „Europäische Föderation“ im Sinne Fischers anstreben würde, wäre nicht konsensfähig, sondern ein Spiel mit Dynamit. Der französische Außenminister Védrine hat denn auch gewarnt, dass das Fischer-Projekt „tief greifende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten hervorrufen und schüren“ und damit die konkrete Reformarbeit behindern werde.

Ungeachtet aller Ungereimtheiten und Widersprüche ist

aber ein positiver Sachverhalt bemerkenswert, nämlich dass die Vorstellungen der deutschen und der französischen Regierung von einer differenzierten Integration (notfalls auch außerhalb des EU-Vertrages) sich weitgehend decken und Deutschland und Frankreich (gegebenenfalls auch Großbritannien) zur Führung bereit sind. Schröder hat sich in seiner Rede vor der französischen Nationalversammlung ausdrücklich das französische Konzept der „Macht Europa“ (*Europe puissance*) vollinhaltlich zu Eigen gemacht; und Kanzler, Außen- und Verteidigungsminister haben den Beitrag Europas zu der Entstehung einer multipolaren Welt wiederholt als notwendig bezeichnet und sehen darin – wie Frankreich – die weltpolitische Ratio der europäischen Integration. Wenn die deutsche Außenpolitik von der Regierung Schröder/Fischer in der zweiten Halbzeit konsequent in die beiden säkularen internationalen Tendenzen (nämlich Multipolarisierung und regionalistische Antwort der Staaten auf die Herausforderung der Globalisierung und der Übermacht der USA) eingefügt wird, liegt dies im deutschen Interesse und kann

deshalb auch von der Opposition gewürdigt und unterstützt werden. Genauer gesagt: Die CDU/CSU muss auf die genannten Widersprüche in der Koalition aufmerksam machen und die tatsächliche Einlösung der realistischen Grundsatzentscheidung der Regierung einfordern; sie sollte die Konsequenzen, die sich aus der unabweislichen „differenzierten Integration“ der erweiterten EU ergeben, klären und Deutschlands Rolle in dem neu zu tzierenden integrativen und kooperativen Gleichgewicht überzeugend definieren; die Union wäre gut beraten die machtpolitische Begründung der Europapolitik, wie sie Schröder in Paris vorgenommen hat, aber zu Hause (und mit Rücksicht auf die linke Gefolgschaft) ausblendet, aufzugreifen und die deutsche Öffentlichkeit darüber aufzuklären, dass es bei den EU-Reformen und der EU-Erweiterung um die „Machtfrage“ (Janning), um aufgeklärte Gleichgewichtspolitik geht – erst wenn ihr dies gelingt wird sich der ideologische Nebel lichten und die dringend notwendige rationale Diskussion über die deutsche Außenpolitik zustande kommen.

Werner Link